

18.03.2024

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Soziale Not treibt Menschen in die Pflege: Wie will die Landesregierung jetzt handeln?

Ausweislich aktueller Medienberichterstattung von Sonntag, den 17. März 2024, ist die Zahl der Pflegeanträge in NRW massiv gestiegen. Fachleute gehen davon aus, dass soziale Nöte Menschen immer früher in die Pflege drängen und das System dadurch überlastet werden könnte.¹

Expertinnen und Experten beschreiben einen klaren Zusammenhang zwischen Inflationsraten und dem Anstieg der Pflegegrad-Anträge. In NRW sei die Zahl der Anträge (zur Pflegebegutachtung) seit 2020 um 29 Prozent gestiegen. Klar beschrieben werden Ursache und Wirkung: Es handle sich dabei um ein soziales Problem, welches erhebliche Konsequenzen auf die Zahl der künftig benötigten Pflegekräfte habe; „der Druck im System werde massiv steigen“. Je mehr Menschen in die Altersarmut kommen, umso größer wird die Zahl der Anträge auf Pflegegrad und die entsprechenden Unterstützungsleistungen. Dabei gibt es bisher keine Hinweise, dass diese Anträge unberechtigt seien. Das führe auch dazu, dass die entsprechenden Stellen, wie der für die Pflegebegutachtung zuständige Medizinische Dienst, überfordert werden, Anträge nicht mehr bearbeiten können und Menschen länger auf Hilfen warten müssen.

Die akute Problematik führt dabei zu konkreten Forderungen der Fachleute. Dazu gehört grundsätzlich die Abspeckung von Pflegebegutachtungen. Ganz konkret werden mehr Video-Begutachtungen gefordert. Diese sollen Angehörige und das Personal entlasten. Dazu müsse die strenge Reglementierung gelockert werden, um insbesondere bei pflegebedürftigen Kindern Video-Begutachtungen durchführen zu können. Außerdem könnten Hausärztinnen und Hausärzte eine Hilfe bei der Steuerung von Pflegebegutachtungsanträgen sein. Das Land NRW spielt eine entscheidende Rolle zur Umsetzung dieser entsprechenden Maßnahmen. Die Landesregierung muss erklären, welche Schritte sie gehen wird, um kurz- und mittelfristig mit der Zunahme der Anträge umzugehen und der sozialen Not der Menschen mittelfristig entgegenzuwirken.

Ziel muss es jetzt sein, dass das Pflegesystem kurzfristig nicht überlastet wird und für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW eine angemessene Grundlage für ein respektvolles Leben im Alter geschaffen wird. Aufgrund der überragenden Bedeutung des Themas besteht ein dringendes öffentliches wie auch parlamentarisches Interesse, dass die Landesregierung in

¹ <https://www.waz.de/wirtschaft/article241897382/Medizinischer-Dienst-Not-treibt-Menschen-in-die-Pflege.html#:~:text=In%20NRW%20ist%20die%20Zahl,reiche%2C%20hofften%20sie%20aufs%20Pfl egegeld.>

einer Aktuellen Stunde erläutert, wie kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Verbesserung des akut überlasteten Pflege-System herbeigeführt werden können.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Lena Teschlade
Thorsten Klute

und Fraktion